

Alle ziehen am gleichen Strang

Landtag überweist FBP-Postulat zur Pflege

VADUZ – Der Landtag hat gestern das FBP-Postulat über die häusliche Betreuung und Pflege an die Regierung überwiesen. 22 von 24 anwesenden Abgeordneten stimmten für Überweisung.

• Jessica Nigg

«Mit der Einreichung des vorliegenden Postulates an die Regierung möchten die Abgeordneten der Fortschrittlichen Bürgerpartei die Schwachstellen aufzeigen, die sich in der Praxis ergeben und die Regierung einladen, Lösungswege zu finden», erklärte die FBP-Abgeordnete Doris Frommelt in ihrem Votum. «Es gilt Schwarzarbeit zu verhindern, aber auch überhöhte Lohnforderungen oder Ausbeutung der Pflegekräfte einzudämmen.» Diskussionen gab es kaum, herrschte

«Ohne häusliche Betreuung müsste man ad hoc zwei Pflegeheime hinstellen.»



Renate Müssner,
Gesundheitsministerin

doch breite Einigkeit über alle Fraktionen hinweg. Die häusliche Pflege soll gestützt und gefördert werden. Regierungsrätin Renate Müssner betonte, die Pflege im trauten Heim sei der Unterbringung in einem Heim klar vorzuziehen. Ausserdem hielt die Gesundheitsministerin fest, dass auch in Zukunft nicht auf die Mithilfe von Angehörigen verzichtet werden könne.

Dringender Handlungsbedarf

Seit knapp einem Jahr ist nun das Pflegegeldgesetz in Kraft. Zeit, Mängel auszumerzen. Die FBP hat verschiedene Problemfelder ausgemacht, bei denen Handlungsbedarf gegeben sei. Ihr entsprechendes

Postulat fand im Landtag breite Unterstützung quer durch alle Fraktionen. Helen Konzett Bargetze von der Freien Liste erklärte, sie unterstütze das FBP-Postulat. Die Praxis zeige ganz klar Handlungsbedarf. Die VU stiess ins gleiche Horn.

74 Personen mit Rundum-Pflege

Gesundheitsministerin Renate Müssner steuerte die neuesten Zahlen zur Debatte bei: Bis Ende Oktober haben 245 Anspruchsberechtigte einen Antrag auf Auszahlung eines Pflegegeldes gestellt. «74 Personen davon brauchen rund um die Uhr Betreuung», führte Müssner weiter aus und hielt fest: «Ohne häusliche Pflege müsste man ad hoc zwei Pflegeheime hinstellen.»

Die FBP hat drei Hauptproblemfelder ausgemacht: Das Arbeitsverhältnis, das zwischen Pflegebedürftigen und Betreuungspersonen entsteht und viele der Pflegebedürftigen überfordert: «Es gibt auch Familien, die aufgrund dieses administrativen Aufwandes ganz auf das Pflegegeld verzichten, da sie durch ihre physische und psychische Belastung durch die Pflegesituation ohnehin schon stark gefordert sind», erklärte die FBP-Abgeordnete Doris Frommelt.

Ein weiteres Problem stellt das Finden von geeignetem Betreuungs- und Pflegepersonal dar. Die Regierung wird deshalb per Postulat gebeten, aufzuzeigen, wie die Schaffung eines Pools für Betreuungs- und Pflegepersonal gestaltet und realisiert werden könnte. Der angedachte Pool fand auch die Unterstützung der VU-Abgeordneten Gisela Biedermann. Vielleicht bringe ein solcher Pool sogar Auswahlmöglichkeiten, hoffte sie.

Im Postulat wird weiter angemerkt, dass die häusliche Betreuung nicht ohne Hilfe ausländischen Pflegepersonals zu bewältigen sein werde. Diesbezüglich waren sich die Landtagsabgeordneten einig.



Offen blieb aber die Frage nach dem «Wie». Müssen doch diverse Aspekte gegeneinander abgewogen werden: ein ausländerrechtlicher Sonderstatus gegen den Sonderstatus mit dem EWR, der nicht gefährdet werden soll. Mit in die Waagschale kommen zumutbare Wochenarbeitszeiten oder die Ver-

meidung von Schwarzarbeit. Eine Lösung dieses Problems steht noch aus, wird nun aber dank der Überweisung des Postulats der FBP weiter vorangetrieben. Fest steht: Die Altersgruppe der über 65-Jährigen wird bis 2015 um 30 Prozent, bis 2020 um 50 Prozent und bis 2030 um ganze 100 Prozent ansteigen.